FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI

Bundesschiedsgericht

Beschluss

verkündet am 28.11.1986

1/1986

In dem Schiedsgerichtsverfahren

des Mitglieds des Ortsverbandes St-S des Landesverbandes Berlin der F.D.P.,

G aus B

- Beschwerdeführer -

g e g e n

den Landesverband B der F. D. P.,

vertreten durch den Landesvorstand,

dieser vertreten durch den Landesvorsitzenden, R[1] aus B,

dieser vertreten durch Rechtsanwalt L aus B

- Beschwerdegegner zu 1 -

den Ortsverband St-W,

vertreten durch den Ortsverbandsvorsitzenden, H aus B

- Beschwerdegegner zu 2 -

das Mitglied des Ortsverbandes St-W, P[1] aus B,

vertreten durch H aus B

- Beschwerdegegner zu 3 -

das Mitglied des Ortsverbandes St-W, A aus B,

vertreten durch H aus B

- Beschwerdegegner zu 4 -

das Mitglied des Ortsverbandes St-W, K aus B,

vertreten durch H aus B

- Beschwerdegegner zu 5 -

das Mitglied des Ortsverbandes St-W, R[2] aus B,
vertreten durch H aus B

- Beschwerdegegner zu 6 -

den Ortsverband St-N,
vertreten durch den Vorstand

- Beschwerdegegner zu 7 -

das Mitglied des Ortsverbandes St-N, F aus B,
vertreten durch Rechtsanwalt L aus B

- Beschwerdegegner zu 8 -

das Mitglied des Ortsverbandes St-N, S[2] aus B,
vertreten durch Rechtsanwalt L aus B

- Beschwerdegegner zu 9 -

das Mitglied des Ortsverbandes St-N, P[2] aus B,
vertreten durch Rechtsanwalt L aus B

- Beschwerdegegner zu 10 -

das Mitglied des Ortsverbandes St-N, P[3] aus B,
vertreten durch Rechtsanwalt L aus B

- Beschwerdegegner zu 11 -

Prozeßbevollmächtigter zu 1, 7 bis 11: RA S[2] aus B

hat das Bundesschiedsgericht am 28. November 1986 in der Besetzung

Dr. Fuhrmann (Präsident)
Dr. Friederici (Beisitzer)
Dr. Goeser (Beisitzer)
Günther Kastenmeyer (Beisitzer)
Hermann Bach (Beisitzer)

entschieden:

Die Beschwerde gegen die Entscheidung des Landesschiedsgerichtes B wird zurückgewiesen.

Kosten werden nicht erhoben und außergerichtliche Kosten der Beteiligten nicht erstattet.

Tatbestand und Gründe

Gemäß §§ 31 ff. Schiedsgerichtsordnung in Verbindung mit § 543 ZPO wird von einer Darstellung des Tatbestandes und der Entscheidungsgründe abgesehen. Das Bundesschiedsgericht verweist insoweit auf die Darstellung im angefochtenen Urteil des Landesschiedsgerichtes B und schließt sich seiner rechtlichen Würdigung in vollem Umfang an.

Im Übrigen bemerkt das Bundesschiedsgericht:

Die Prüfung umfaßt auch die Vereinbarkeit der Satzung mit staatlichen Gesetzen und der Verfassung von B und dem Grundgesetz.

Ein Verstoß gegen Gesetze oder Verfassung ist offenkundig nicht gegeben.

Die Kostenentscheidung für das Beschwerdeverfahren beruht auf § 28 Schiedsgerichtsordnung.